



Fraktionsforum

INFORMATIONEN UND SERVICE DER SPD-FRAKTION
IN DER BEZIRKSVERSAMMLUNG HAMBURG-ALTONA

Das Stadtteilarchiv Ottensen

Chronologie einer
Fehlentscheidung

Seite 11



Schreckgespenst Schwarz-Grün?

Vom Mythos zur
Machtrealität

Seite 4

■ „Wir wollen den bürgerlichen Stillstand beenden!“

Erklärung der SPD-Fraktion zu Beginn
der Wahlperiode Seite 2

■ SPD-Fraktion bestellt ihre FachsprecherInnen

Liste aller Namen und Ressorts
Seite 15

■ Die neuen Fachausschüsse

Hauptausschuss setzt Ausschüsse der
Bezirksversammlung ein Seite 14

■ Ticker

Kurzinfos aus Kommunalpolitik und
Bezirksversammlung Seite 16

Den bürgerlichen Stillstand beenden

Erklärung von SPD- Fraktionschef Thomas Adrian zur ersten Sitzung der Bezirksversammlung am 25. März 2004

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,

die Wahl liegt fast vier Wochen zurück, trotzdem lohnt es sich, das Ergebnis noch einmal kurz zu analysieren: Wer immer in der CDU sich den Fahrplan ausgedacht hat, hat alles richtig gemacht, für die Altonaer CDU allerdings nur fast richtig, dazu später mehr!

Das Gespenst Schill mit seinen Abspaltungen ist weg, die Qualität wird zunehmen. Das Problem, warum ist es zu Schill gekommen ist, ist nicht weg!

Es gab erhebliche Wählerwanderungen, die deutlich machen, dass es kaum noch eine Konstante in einer Großstadt wie Hamburg gibt. Der CDU und Bürgermeister von Beust ist es dabei gelungen, enttäuschte Menschen zu sich zu ziehen. Die Erwartungshaltung ist groß, sie zu erfüllen wird schwer.

Ich glaube, der Erfolg der CDU ist einmalig, im wahrsten Sinne des Wortes. Einmalig dürfte auch die



Entpolitisierung sein, die wir erlebt haben. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass eine Partei, die praktisch ohne Programm antritt, die absolute Mehrheit bekommt. Zu den Gewinnern zählt eindeutig auch die GAL, die es interessanter Weise schafft, den Frust über die Bundespolitik von sich fernzuhalten. Da können wir als SPD noch was lernen.

Ansonsten gibt es, glaube ich, nicht viel, was sich die SPD trotz des schlechten Ergebnisses vorzuwerfen hätte. Um es deutlich zu sagen: wir ziehen uns als Kommunalpolitiker den Schuh nicht an!

Die SPD hat mit der KITA-Frage und der Bildung die richtigen Themen besetzt (sie finden sich jetzt auf der Prioritätenliste des Senats ganz oben wieder).

Sie hat ein vollständig neues Team präsentiert, mit einem kompetenten Spitzenkandidaten, der wohl nur den Nachteil hatte, nicht so fotogen wie der Bürgermeister zu sein.

Es gab jedoch drei Faktoren, die einen Wahlsieg praktisch unmöglich gemacht haben:

- das ständige transportierte Thema, dass zwei Jahre für eine Erneuerung nicht reichen;
- eine für die SPD äußerst schwierige Medienlandschaft in der Stadt;
- der Frust über die Bundespolitik, der uns mit voller Wucht getroffen hat (Praxisgebühr) und so weiter.

Dass es zu dieser Politik der Erneuerung in Wirklichkeit keine Alternative gibt, hat sich jedoch noch nicht herumgesprochen. Wer glaubt, mit der CDU würden Besitztümer gewahrt, wird im Zweifel bitter bestraft. Ich erinnere daran, dass Frau Merkel acht Tage nach der Hamburger Wahl massive Einschnitte beim Kündigungsschutz verkündigt hat, bei denen Schröders Konzepte fast wie ein Sozialprogramm wirken.

Bei diesen Faktoren hätten wir uns auch auf den Kopf stellen können. Was soll's, die CDU hat die Gunst der Stunde genutzt, jetzt muss sie zeigen was sie kann. Damit bin ich beim Ausblick.

Wohin die CDU will, weiß keiner so genau. Das Regierungsprogramm ist eine Aneinanderreihung von Banalitäten. „Die Zukunft der wachsenden Stadt gestalten“ klingt wie eine Waschmittelreklame, aber nicht wie ein Programm für eine Stadt, die Probleme zu bewältigen hat. Ein wirkliches Urteil wird man sich erst im Laufe der Zeit bilden können.

Die Tatsache, dass in diesem Programm vieles, was insbesondere Altona bewegt, nicht auftaucht, macht jedoch schon jetzt nachdenklich. Ich nenne exemplarisch:

- die soziale Stadtentwicklung;
- den sozialen Wohnungsbau;
- Projekte wie den Deckel, den Schellfischunnel, die Anbindung Lurups und Osdorfs;
- die Integration und so weiter.

Wir werden dies kritisch begleiten.

Stichwort Altona: Die CDU hat, wie gesagt, fast alles richtig gemacht, aber halt nur fast. 19 Abgeordnete in der Bezirksversammlung sind eine Menge, aber halt nicht die Mehrheit, wenn man keinen Partner hat, womit wir beim Thema Koalitionen wären. Es ist kein Geheimnis: SPD und GAL werden in den nächsten Tagen Sondierungsgespräche führen; ich bin guter Hoffnung, dass wir zügig zu einem Ergebnis kommen werden. Rot-grün ist dabei keine zwangsläufige Notwendigkeit, sondern vielmehr eine naheliegende Konsequenz aus den letzten zwei Jahren:

- Beide Parteien sind mit dem Ziel angetreten, den Senat abzulösen;
- inhaltlich gibt es eine Menge Gemeinsamkeiten;
- beide Parteien mussten in den letzten zwei Jahren gerade hier

massive Angriffe der CDU erleben, die es vorzog, mit Schill unter eine Decke zu gehen, anstatt offene Arbeit zuzulassen.

Wundern Sie sich von der CDU daher bitte nicht, wenn es angesichts der Sauerereien, die hier in den letzten zwei Jahren abgegangen sind, Ressentiments gegen Bündnisse mit der CDU gibt.

Mit Interesse habe ich allerdings vernommen, dass es in der GAL Menschen gibt, die sich zwei Jahre lang jeden letzten Donnerstag im Monat über die CDU aufregen um dann von einen Tag auf den anderen Tag so tun, als sei nie etwas gewesen. So viel Beliebigkeit ist schon interessant!

Ich hoffe, dies gewinnt nicht die Überhand in der GAL. Ansonsten ziehe ich denn doch eine politische Arbeit mit wechselnden Mehrheiten vor.

Im Vordergrund stehen für uns im Übrigen nicht Konstellationen, sondern Inhalte:

- soziale Gerechtigkeit ohne Ausgrenzung in den Stadtteilen;
- der Ausgleich zwischen den Vorzeigequartieren Altonas und den sozial schwächeren Stadtteilen;
- die Förderung bezahlbaren Wohnens;
- die Sicherung des Kulturstandortes;
- die Integration unterschiedlichster Nationalitäten;
- moderne und gleichberechtigte Verkehrspolitik,

um nur einige Stichworte zu nennen. Ich bin fest davon überzeugt,

dass die SPD ihre Krise überwinden wird, wenn es ihr gelingt, sich im Rahmen der Modernisierung auf ihre Ursprünge zu besinnen, die genau dort, bei den Themen Gerechtigkeit und Zukunft statt bürgerlichem Stillstand, liegen. Dazu gehört auch, dass man auf die Menschen zugeht und sie beteiligt, auch und gerade in der Politik vor Ort.

Damit meine ich nicht nur die Einführung von Wahlkreisen zur Bürgerschaft in vier Jahren, sondern insbesondere auch die Stärkung der bezirklichen Rechte, womit ich beim letzten Thema bin.

Die Diskussion, die jetzt vom Senat geführt wird, geht an die Substanz dieser Bezirksversammlung und der Altonaer Identität. Wenn das Konzept Bürgerämter kommt, ist dies die letzte Wahlperiode eines gesamt Altonaer Parlaments! Man kann diese Diskussion führen, man muss es angesichts der Defizite in der Verwaltungsstruktur sogar.

Ich warne die CDU jedoch davor:

- diese Frage in die Hände der Betriebswirte in der Finanzbehörde zu geben (siehe Weggang Finanzamt Elbufer);
- diese Frage allein durchziehen zu wollen. Daran heben Sie sich einen Bruch!

Wir wollen eine Stärkung kommunaler Rechte, kein Filialprinzip! Ich appelliere daher an Sie, gemeinsam an diesem Thema zu arbeiten. Beide Seiten haben mit dem gemeinsamen Papier aus der letzten Wahlperiode bewiesen, dass es Interessen gibt, die über den Wahlprogrammen stehen. In diesem Sinne hoffe ich auf eine gute, lebendige und konstruktive Diskussion.

Schreckgespenst Schwarz-Grün

Vom Mythos zur Machtrealität

Das Wahlergebnis der Hamburger CDU am 29. Februar war spektakulär. Doch nur wenige Tage danach richteten die Medien ihr Interesse auf die sieben Bezirke. Nur in Wandsbek und Bergedorf wollten die Wähler auch schwarz pur. In den anderen Bezirken wurde die CDU zwar überall stärkste Fraktion, muss sich aber Partner suchen oder – wie bislang in Eimsbüttel und Hamburg-Nord – erneut auf der Oppositionsbank Platz nehmen. Den Christdemokraten fällt es schwer zu akzeptieren, dass die Wähler eine Machtbalance zwischen Landesebene – sprich Senat und Bürgerschaft – und den selbstbewussten Bezirken schaffen wollten. Die bisherigen Juniorpartner FDP, Schill und Partei Rechtsstaatliche Offensive verschwanden mit Ausnahme einer Minitruppe von zwei Abgeordneten in Harburg von der politischen Landkarte. In Mitte, Altona und Harburg wäre rechnerisch auch schwarz-grün möglich. Machtbewusste CDU-Bezirksfürsten witterten gleich neue Chancen, Macht und Mehrheiten zu sichern. Nach der Absage der GAL an die CDU in Mitte noch während der Sondierungsphase bleiben die Optionen in Altona und Harburg. Intensive Gespräche sind bereits im Gange, Ergebnis vorläufig offen. Obwohl die Versuchung auch bei der GAL groß ist, sich jenseits der

SPD auch einmal mit der CDU in Hamburg zu versuchen, zeigen die Erfahrungen mit schwarz-grünen Bündnissen in Großstädten, dass sie für die Grünen zahlreiche Risiken bergen, die vorher nur schwer kalkulierbar sind. Ursachen und Verlauf dieser Entwicklungen sollen skizziert und Schlussfolgerungen für Hamburg und seine Bezirke daraus gezogen werden.

CDU als Auslöser der Strategiedebatte

Die Diskussion um schwarz-grüne Bündnisse wurde bereits 1992 von Wolfgang Schäuble begonnen. Er empfahl entsprechende „Experimente“ für die Landtage in Baden-Württemberg und Bremen und ging davon aus, dass die CDU auch den Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen stellen könnte, wenn die CDU-Anhängerschaft besser auf schwarz-grün eingestimmt würde.(1) Für die Christdemokraten stand der machtsstrategische Aspekt stets im Vordergrund: „Die Union braucht die Grünen, um ihre machtpolitischen Optionen zu erweitern.“(2) Für die Grünen ist die Zusammenarbeit mit der CDU auch der Bruch eines langjährigen Tabus mit einer „erotischen“ Komponente, dem der Reiz des Verbotenen anhafte.(3)

Ole von Beust zog bereits 1997 als Oppositionsführer in Hamburg nach und bekannte, dass ihn „schwarz-grüne Gedankenspiele“ reizen würden. Er forderte ein „neues Denken“ auch in der Hamburger CDU und plädierte für ein „Anti-Filz-Bündnis“ mit den Grünen, weil dort „welche sitzen, die wollen etwas gestalten.“(4) Derartige Sympathiebezeugungen wurden zunächst von Krista Sager, der grünen Spitzenkandidatin im Hamburger Wahlkampf 1997, abgewehrt. Eine gemeinsame Anti-SPD-Haltung reiche für ein Bündnis mit der CDU nicht aus. Sie bezeichnete die Debatte um schwarz-grün mehrfach als „Yeti-Debatte“: Er tauche in regelmäßigen Abständen irgendwo auf, aber niemand habe ihn dingfest gemacht. Früh machte sie aber auch deutlich, dass Rot-Grün als Ablöseperspektive für die Regierung Kohl nicht alleine bestehe und kritisierte die „babylonische Gefangenschaft im rot-grünen Lager“, die „ideologiefrei“ überprüft werden müsse.(5) Der Grünen-Vordenker Rezzo Schlauch setzte noch einen drauf und diagnostizierte eine „neurotische Fehlfixierung auf die SPD.“(6) Der Kieler Grünen-Fraktionsvorsitzende Lutz Oschmann sieht nach einem Jahr Zusammenarbeit mit der CDU im Rat der Stadt Kiel den Vorteil von schwarz-grün darin,

eine neue Option zu haben, damit die Grünen aus der „einseitigen Umklammerung“ der SPD herauskommen und eine „neue Beweglichkeit“ entstehen kann. Der Kieler Grünen-Chef empfahl daher auch den Hamburger Grünen, das „Erfolgsmodell Kiel“ nachzuahmen.(7)

Gemeinsame junge Lebenswelten

Im Juni 1995 trafen sich im Bonner Restaurant „Sassella“ zum ersten Mal junge Bundestagsabgeordnete von CDU und Grünen und begründeten damit die legendäre „Pizza-Connection“. Obwohl es nie Pizza gab, ging es nicht darum, Koalitionsverhandlungen zu führen, sondern frühere Feindbilder aufzulösen und lebensweltliche Gemeinsamkeiten auf einer persönlichen Ebene zu definieren. Mit Distanz betrachtete der Ober-Grüne Rezzo Schlauch das Treiben als „eine völlig unpolitische Veranstaltung“, im Gegensatz zum Parteikollegen Matthias Berninger, der dort die „Minister von morgen“ versammelt sah.(8) Triebkraft der Annäherung ist der auch bei den Grünen erkennbare tiefe Generationenbruch. Die erste Politikergeneration, die auch heute noch zum Teil im Bundeskabinett vertreten ist, sah sich noch als Opposition zum „CDU-Staat“(9) und attackierte die als verlogene betrachtete Wohlstands- und Leistungsideologie der Älteren. Als Antipode zur Linken war die Union „Partei des Materialismus, der Marktwirtschaft, der Autorität, der klassischen Tugenden“, die auf Nationalstolz und Amerikafreundschaft großen Wert legte.(10)

Nach Einschätzung von Hubert Kleinert hat die Wende von 1989 bei den Grünen größere Spuren hinterlassen als bei der SPD. Sie seien etablierter und pragmatischer geworden, von einer „Partei am Rande der Gesellschaft in die Mitte“ gerückt.(11) Gleichzeitig hätten die Grünen die Marktwirtschaft „auf breiter Front“ entdeckt und proklamierten in den letzten Jahren eine „eher linksliberalen Freiheitsbegriff“. Die inhaltlichen Differenzen zwischen Union und Grünen halte er für „allenfalls graduell“, zumal sich auch die führenden CDU-Politiker gemäßigt hätten. Sie hätten jedenfalls heute keine Rechnungen mit der 68er-Kultur mehr offen.

Großstädte sind die Vorreiter: Stadtbündnisse im Detail

Bei grünen Kommunalpolitikern ist die Offenheit gegenüber Schwarz-Grün häufig größer als bei ihren Wählern. Das hat vielfach damit zu tun, dass in der Zusammenarbeit mit der SPD in den 16 Großstädten und Kommunen (davon 13 in Nordrhein-Westfalen), in denen bislang schwarz-grüne Koalitionen vereinbart wurden, ein Näheproblem zur SPD besteht, während die größere Distanz zur CDU offenbar den Umgang miteinander erleichtert. Trotz der auf den ersten Blick positiven Ausgangsbasis kommt die Konrad-Adenauer-Stiftung in einer Analyse zu schwarz-grünen Bündnissen auf kommunaler Ebene zum Ergebnis, dass das grundlegende Politikverständnis „eine der wesentlichen

Konfliktquellen“ in den Bündnissen zwischen CDU und Grünen gewesen sei. Brisante Themen seien deswegen vielfach ausgeklammert worden zu Gunsten einfacher Sachentscheidungen und Ämterbesetzungen. Im Ergebnis wird festgestellt, dass das in der Kommunalpolitik erkennbare gemeinsame Interesse alleine nicht ausreichte, um eine funktionierende Zusammenarbeit in Regierungskoalitionen begründen zu können.(12)

Mülheim an der Ruhr war die erste Großstadt mit einer konservativ-ökologischen Koalition. Nach über vierzigjähriger Alleinherrschaft verlor die SPD 1994 in der 180.000 Einwohner zählenden Stadt die Mehrheit. Gemeinsam wählten Grüne und CDU den rechtskonservativen Polizeihauptkommissar Hans-Georg Specht (CDU) zum Oberbürgermeister. Das fiel den Grünen zwar schwer, noch mehr Probleme hätte es ihnen aber bereitet, den wegen „Machtarroganz“ und „Parteibuchwirtschaft“ abgestraften Genossen an die Macht zu verhelfen.(13) So schweißte Schwarz und Grüne das Ziel zusammen, die SPD auf die Oppositionsbänke zu verbannen. Sehr schnell legten die Koalitionäre ein Arbeitsprogramm bis 1999 vor, in dem die CDU weit reichende Zugeständnisse in den grünen Bereichen Umwelt, Verkehr und Energie machte. Die CDU fiel dann dadurch negativ auf, dass sie großzügig Posten und Ämter vergab, so dass die Grünen konstatierten, der Filz habe nur die Farbe gewechselt.(14) Nach der Durchsetzung eines der CDU wichtigen Bauprojektes mit Polizeigewalt drohte die Koalition zu platzen. Dennoch

stimmten die Grünen nach Erarbeitung eines neuen Koalitionspapiers für die Fortsetzung der Koalition. Das Bündnis scheiterte aber trotzdem an einer Personalie: Die Grünen waren nicht bereit, für den CDU-Kreisgeschäftsführer Stefan Zowislo zum Geschäftsführer der stadteigenen Mülheimer Stadtwerbung zu stimmen. Für die CDU war das der Bruch von Absprachen. Sie beendete acht Monate vor der Kommunalwahl im Herbst 1999 die Koalition, da sie nicht mehr bereit war, die „grüne Blockade gegen die ehemaligen gemeinsamen schwarz-grünen Inhalte“ hinzunehmen.(15)

Mit verheerenden Folgen: Eine zunächst geheim gehaltene Bürgerumfrage der Verwaltung ermittelte, dass die Hälfte der Befragten, von den Grünen-Wählern sogar zwei Drittel, „keinen qualitativen Wandel“ gegenüber den SPD-Zeiten sah, ein Drittel gar eine Verschlechterung. Die Quittung kam prompt per Stimmzettel: Bei den Kommunalwahlen im Herbst 1999 verloren die Grünen 8,7 Prozent (6,0 statt vorher 14,7), errangen nur noch 3 Mandate (vorher 9) im Rat. Die CDU gewann zwar 1,9 Prozent auf 39,3 hinzu, verlor aber trotzdem vier Mandate (vorher 24). Die SPD konnte davon nicht profitieren: Sie gab ebenfalls vier Mandate ab (jetzt 22). Einzige Gewinner waren die FDP (+ 4 Mandate), die wieder in den Rat einzog, und eine Wählergemeinschaft, die auf 3 Mandate kam.

In **Saarbrücken** haben die Grünen im Rat lange in einer Koalition mit der SPD gearbeitet. Den Bruch verantworteten drei SPD-Stadträte, die im Dezember 1999 bei der Wahl des Baudezernenten gegen den

Kandidaten der Grünen stimmten und stattdessen den CDU-Kandidaten ins Amt wählten. Das war aus Sicht der Grünen ein eindeutiger Verstoß gegen die Koalitionsvereinbarung, die Folgen haben sollte. Im Juni 2001 sprach sich der Saarbrücker Ortsverein der Grünen mit 38 Ja- zu 28 Neinstimmen für eine Koalition mit der CDU aus. Ausschlaggebend sei die „grüne Handschrift“ im Koalitionsvertrag sowie fortdauerndes Misstrauen gegen die SPD gewesen.(16) Kritik hatte die Grünen vor allem am Umgangston der Sozialdemokraten. Sie fühlten sich häufig nur als Juniorpartner behandelt und „wurden immer wie abtrünnige Kinder behandelt und bevormundet“, wie es der stellvertretende grüne Oberbürgermeister Kajo Breuer ausdrückte.(17) Die SPD habe auch Vereinbarungen gebrochen, so dass sogar er als Anhänger von Rot-Grün kein Vertrauen mehr zu den Sozialdemokraten habe.(18) So wandten sich die Grünen lieber der CDU zu, die mit einer neuen und verjüngten Führung auch für unkonventionelle Wege offen war. Unterstützt wurden die örtlichen Christdemokraten vom saarländischen CDU-Ministerpräsidenten Peter Müller, der das Bündnis als Testlauf für die Landtagswahlen im September 2004 sieht. Gegeneinander haben CDU und Grüne nur einmal gestimmt, als die Christdemokraten den Bau einer Moschee durch einen islamischen Kulturverein verhindern wollten. Für den damaligen SPD-Oberbürgermeister Hajo Hoffmann seien jedoch nicht die sachlichen Argumente ausschlaggebend gewesen, sondern die CDU habe den Grünen Posten versprochen. Nach der Vereinbarung sollten die Grünen den Bürgermeisterposten, die CDU

den Posten des Finanzdezernenten erhalten.

Die Zusammenarbeit zwischen CDU und Grünen entwickelte sich bislang offenbar positiv. Absprachen würden von der CDU verlässlich eingehalten, dem grünen Partner seien erstaunliche Zugeständnisse gemacht worden, berichtete die ZEIT.(19) So trug die CDU grüne Pläne zur Verkehrsberuhigung in Wohngebieten und zusätzliche Mittel für Sozial- und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten mit. Im Juni 2004 entscheiden die Wähler über Erfolg oder Misserfolg bei den Kommunalwahlen. Die Wahl des Oberbürgermeisters wird gemeinsam mit der Landtagswahl am 5. September 2004 stattfinden.

Das 1994 in **Gladbeck** zwischen CDU, Grünen und der Wählervereinigung „Bürger in Gladbeck“ geschlossene Bündnis ging auf den Verlust der jahrzehntelangen absoluten Mehrheit der SPD zurück. Ein neuer Stil sollte eingeführt werden, Machtarroganz und Filz der SPD ein Ende haben. Nach eineinhalb Jahren zog die ZEIT eine ernüchternde Bilanz: Der „neue Stil“ zeichne sich vornehmlich durch Beleidigungen aus, bei Abstimmungen fielen sich die Partner wechselseitig in den Rücken. Der Postenschacher ging munter weiter. CDU, Grüne und „Bürger in Gladbeck“ hatten bereits alle bis zum Jahr 1999 frei werdenden Verwaltungsstellen im voraus unter sich aufgeteilt.(20) Zunehmend meldeten sich die parteiinternen Kritiker dieses Bündnisses zu Wort. Schließlich verweigerten die Grünen dem gemeinsamen Haushalt die Zustimmung. Die SPD agierte geschickt und sorgte mit guten Vorschlägen zur Personalpolitik für weitere

Abstimmungsniederlagen des Bündnisses. Die Quittung bei den Kommunalwahlen im September 99 fiel für die Grünen vernichtend aus: Sie verloren im Rat von 5 Mandaten 3, die CDU verbesserte sich von 19 auf 22 Mandate. Die SPD konnte allerdings nicht profitieren und verlor 6 Mandate auf insgesamt 19.

Die schwarz-grüne Koalition in **Köln** war mehr als ein lokalpolitisches Ereignis. Die dort geschlossene Allianz der früheren Erzfeinde CDU und Grüne hatte bereits 1999 bis 2001 einen ersten Testlauf mit einer Kooperation hinter sich. Damals zerstritten sich aber die Parteien wegen der Flüchtlingspolitik und einer anstehenden Privatisierung der städtischen Wohnungsgesellschaft GAG.(21) Die CDU ging dann zunächst mit der FDP zusammen, trennte sich dann aber im Januar 2003 von ihr. Sie gab ihre Privatisierungspläne auf, um im Februar 2003 eine formelle Koalition mit den Grünen nicht zu behindern. Für die Grünen ging es von Anfang an um einen Tabubruch, der auch ein Signal in Richtung Landesebene senden sollte. Auf der persönlichen Ebene fällt den Grünen der Umgang mit den Christdemokraten offenbar leichter als mit der SPD, da die grünen Abgeordneten meist aus bürgerlichen Kreisen stammen. Gleichwohl hat das örtliche Ratsbündnis nach Aussage des CDU-Landesvorsitzenden Jürgen Rüttgers – einem notorischen Schwarz-Grün-Verfechter – nicht den Charakter eines weltanschaulichen Projektes, über das ausgiebig theoretisiert werden sollte: „Über Schwarz-Grün redet man nicht. Das macht man.“(22) Ernste Probleme gab es im Dezember 2003, als die CDU den Bau

eines 103 Meter hohen Büroturms unterstützte. Im Herbst 2004 entscheiden die Wähler bei den Kommunalwahlen über eine Fortsetzung. Kritische Stimmen sind aber bisher nicht nur von der SPD- und FDP-Opposition, sondern auch von der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu hören.

Auch die jahrzehntelange SPD-Hochburg **Kiel** ist seit Sommer 2003 von einem schwarz-grünen Ratsbündnis eingenommen. Nach Pressebeobachtungen funktioniert es „bemerkenswert reibungsarm“.(23) Die Akteure selbst loben sich gegenseitig über alle Maßen, sowohl in Bezug auf die Inhalte (Verabschiedung Haushalt usw.) als auch auf die menschliche „Chemie“. Ohne größere Probleme wurden das städtische Krankenhaus – gegen den Widerstand der SPD – in eine GmbH umgewandelt und die Pflegedienste verkauft. Die dramatische Haushaltslage der Stadt (Defizit 2004: 60 Mio. Euro) zwingt die direkt gewählte CDU-Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz zu drastischen Personaleinsparungen. So sollen innerhalb von zehn Jahren 15 bis 20 Prozent der Kosten eingespart werden. Bislang werden die Grünen als „bemerkenswert veränderungsbereit“ beschrieben. Allerdings wurden bisher zentrale Konfliktfelder wie der umstrittene Ausbau des Flughafens ausgeklammert. Der Grünen-Fraktionschef Lutz Oschman sieht darin eine „Nagelprobe“ für die Koalition.(24) Die Grünen sehen das Bündnis allerdings mit Blick auf die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Frühjahr 2005 nicht als Modell, da die Landes-CDU nicht mit der Kieler Ratsfraktion vergleichbar sei.

In **Frankfurt** keimte die schwarz-grüne Debatte erstmals durch die Direktwahl von Petra Roth zur Oberbürgermeisterin im Juni 1995 auf. Die CDU-Frau regierte trotz damaliger Mehrheit von SPD und Grünen im Magistrat und Stadtparlament. Roth hatte sich schon 1993 zu vertraulichen Hintergrundgesprächen mit den Grünen getroffen, unterstützt durch Christdemokrat Michel Friedman, seinerzeit noch Stadtverordneter in Frankfurt.(25) Dennoch erklärten die Frankfurter Grünen eine Koalition mit der CDU zunächst zum Tabu, da sie Rot-Grün als einzige Perspektive zur Ablösung von Helmut Kohl bei der Bundestagswahl 1998 sahen. 2001 kam es zu erheblichem Aufruhr, weil die CDU wegen der zu schwachen FDP Verhandlungen mit den Grünen aufnahm. Sie wurden für die Grünen zur Zerreißprobe, weil die innerparteilichen Gegner die Frankfurter CDU in einer Mitverantwortung für den Finanzskandal der hessischen Christdemokraten sahen. Das geplante Bündnis platzte im Juni 2001, als ein rechtsextremer Republikaner zum Stadtrat gewählt wurde. Die Grünen vermuteten, dass auch ein CDU-Vertreter für ihn gestimmt hatte.

Kritische Umfragen

Meinungsforscher fragen immer auch nach Koalitionspräferenzen. Die Antworten sind über Jahre hinweg eindeutig: Eine klare Mehrheit von 60 Prozent der Deutschen lehnte 2001 schwarz-grüne Koalitionen auf Länderebene ab.(26) Unionsanhänger waren mit 59 Prozent dagegen (32 dafür), im Lager der Grünen ist der Wider-

stand mit 18 gegen 69 Prozent am größten. Vor allem junge Wähler zwischen 18 und 29 Jahren lehnten mit 75 Prozent derartige Bündnisse ab. Zwei Jahre später ermittelte eine Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass nur zwei Prozent der Wähler eine Zusammenarbeit zwischen Grünen und Christdemokraten auch außerhalb kommunaler Bündnisse wünschen.(27) Das ist nur noch ein Fünftel des Wertes von 1994. Die Autoren der Studie stellen entsprechend fest, dass die Wähler „das Überspringen von zwei anderen, programmatisch und ideologisch weniger weit entfernten Parteien“, nämlich SPD und FDP, nicht wollen.

In der Hauptstadt Berlin gibt es auch bereits auf der Bezirksebene schwarz-grüne Bündnisse, auf Landesebene beginnt die Diskussion bereits. Für drei Viertel der Anhänger der Berliner Grünen kommt allerdings eine schwarz-grüne Koalition nicht in Frage. Mehr als die Hälfte der Grünen-Anhänger bevorzugt ein Zusammengehen mit dem SPD/PDS-Senat.(28)

Programmatische Annäherung

Vor allem innerhalb der CDU wird eifrig daran gearbeitet, eine kulturelle und programmatische Annäherung zwischen Grünen und CDU zu dokumentieren. So vergleicht Stephan Eisel, Hauptabteilungsleiter Politische Kommunikation in der Konrad-Adenauer-Stiftung, die Grundsatzprogramme beider Parteien und kommt zum Schluss, dass Union und Grüne gesellschaftspolitische Konzepte vertreten, „die einander näher stehen als dem jeweiligen sozialdemokratischen Ge-

sellschaftsentwurf. Subsidiarität und Skepsis gegenüber staatlicher Intervention sind für Christdemokraten und Grüne durchaus verbindende Leitgedanken auch in Abgrenzung zu sozialdemokratischem Etablisment.“(29)

Eisel stellt weiter fest, dass nach einer „auffälligen Programmwende“ der Grünen mit einer „beidseitigen Entideologisierung“ zunehmende Übereinstimmung in inhaltlichen Fragen und beim Demokratieverständnis vorliege. Außerdem fördere der Generationenwechsel in beiden Parteien zunehmend auch in Lebensstil- und Wertefragen Gemeinsamkeiten zu Tage. „Gutes Essen und schnelle Autos lösen längst nicht mehr den Vorwurf bürgerlicher Dekadenz aus. Man trifft sich sowohl beim Rockkonzert als auch in der Oper.“(30)

Eisel bezieht allerdings die Schwesterpartei CSU nicht in seine Analyse ein. Sicherlich aus gutem Grund: Ein Blick auf jüngste Wertediskussionen innerhalb der CSU würde sicherlich die analysierten Gemeinsamkeiten zwischen „schwarz“ und „grün“ abschmelzen lassen.

So verlangte jüngst CSU-Generalsekretär Markus Söder: „Wir müssen uns auf unsere deutschen Tugenden zurückbesinnen: Das sind Fleiß, Leistungsbereitschaft, Disziplin, Höflichkeit und Pünktlichkeit. Das sind Erfolgsfaktoren für den internationalen Wettbewerb.“(31) Söder griff indirekt auch Spitzenpolitiker der Grünen an: „Die Apo-Opas und Alt-68er haben deutsche Tugenden verschmäht und das Land in eine geistige Krise geführt.“

Dementis und Gegenangriffe sind bislang von den auch angesprochenen Grünen in der Bundesregierung - zumindestens presseöffentlich - ausgeblieben.

Der ehemalige grüne Haushaltsexperte Oswald Metzger warnt sogar vor einem „Automatismus für Rot-Grün“ mit einer dauerhaften Bindung der Grünen an die SPD. Programmatisch sieht er in der Finanz- und Sozialpolitik zahlreiche Gemeinsamkeiten mit der CDU. So plädiert er für mehr Eigenverantwortung, harte Finanzpolitik und starke Einsparungen bei Sozialleistungen, bei denen es „keine Tabus“ geben dürfe.(32) Weg mit dem Kündigungsschutz, runter den Lohnnebenkosten, niedrigere Entgelte für Ältere, Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen. Was Metzger da in seinem jüngsten Buch als „Mythen des Sozialstaats“(33) und in seinen Therapievorschlügen zusammenfasst, lässt erkennen, dass Teile der Grünen schnurstracks auf dem Weg zur Öko-FDP sind – und damit ein immer interessanterer Partner für die CDU.

Fazit und Ausblick

Durch die gemeinsame kommunalpolitische Arbeit in Großstädten und informelle Kontakte auch auf Länder- und Bundesebene haben Grüne und Christdemokraten viele Vorurteile abgebaut. Unter dem Aspekt der politischen Kommunikation ist dies ein normaler Vorgang, der überhaupt erst die Basis für eine parlamentarische Zusammenarbeit schafft. Die Stadtratsbündnisse haben alle eine individuelle Vorgeschichte, die stets zu tun hatte mit einer langjährigen Hegemonie der SPD in Rat und Verwaltung sowie konkreten Akteuren. Der „Reiz des Verbotenen“ eines schwarz-grünen Bündnisses und die damit auch eröffnete neue Machtperspektive motivierte vielfach

auch zu weit reichenden inhaltlichen Zugeständnissen dem anderen gegenüber. Flexibilität ist aber keine Erfolgsgarantie. Gescheitert sind die Bündnisse in Frankfurt, Mülheim und Gladbeck nicht an inhaltlichen Fragen, sondern an Personalien. Das Konfliktpotential wurde offensichtlich unterschätzt, das Politikmanagement auf beiden Seiten war ungenügend.

Die bisher vorliegenden Wahlergebnisse und Umfragen lassen zudem erkennen, dass die Wählerschaft der Grünen eine andere Sichtweise zur Schwarz-Grün-Frage hat als ihre aktiven KommunalpolitikerInnen. Das zeigen die Wahl Niederlagen der Grünen in Mülheim und Gladbeck.

Postenschacher, Kumpaneit und geringe Unterscheidbarkeit zur CDU wurden hart bestraft. Offenbar stellen die Grünen-Wähler höhere moralische Anforderungen an ihre kommunalen Mandatsträger, als den Parteistrategen bewusst ist. Den Grünen droht so die Gefahr, zur „Partei der allgemeinen Beliebtheit“ zu werden, wie es der ehemalige grüne Berliner Justizsenator Wieland bereits richtig erkannte. Wie es einer reinen Funktionspartei wie der FDP – nämlich Mehrheiten für größere Partner zu beschaffen – ergeht, können sich die Grünen selbst vor Augen führen.

Vor allem die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im Herbst 2004 werden genaueren Aufschluss liefern, ob es sich für die Grünen ausgezahlt hat, mit der CDU flächendeckend zu paktieren. Deshalb zögern die Parteistrategen bislang noch, auf Länderebene damit praktisch zu experimentieren. Gerade aufgrund der besonderen Einzelfallsituation und der individu-

ellen (Problem-) Strukturen auf kommunaler Ebene sind Bündnisse aus Grünen und Christdemokraten nicht so ohne weiteres auf Länderebene zu übertragen.

Dennoch arbeiten bereits zahlreiche Vordenker in beiden Parteien daran, den Testfall zu inszenieren. Das gilt nicht nur für die anstehenden Landtagswahlen im Saarland (2004) und in Nordrhein-Westfalen (2005), sondern vor allem auch für die interessante Hamburger Situation. Selbst der CDU in Hamburg ist klar, dass sie ein im wörtlichen Sinne einmaliges Ergebnis errungen hat und sich frühzeitig für die Zeit nach 2008 auf Partnersuche begeben muss. Dabei ist auf die im Februar abgestrafte FDP kaum Verlass, die populistische Protestpartei Schill, bzw. Rechtsstaatliche Offensive hat sich pulverisiert. Nicht umsonst wird intensiv von Seiten der CDU daran gearbeitet, frühzeitig auf Bezirksebene ein schwarz-grünes Modellprojekt zu starten.

Die SPD muss daraus Schlussfolgerungen ziehen. Ein entscheidender Faktor für die weitere Regierungsbeteiligung wird sein, ob es ihr gelingt, sich als verlässlicher und seriöser *Partner* der Grünen anzubieten, ohne das eigene Profil und die eigenen Themen aufzugeben. Dabei müssen die immer noch zwischen SPD und Grünen vorhandenen größeren Schnittmengen und die konfliktträchtigen Themen einer potentiellen schwarz-grünen Zusammenarbeit stärker herausgearbeitet werden. Dafür liefern die oben genannten Erfahrungen reichlich Basis.

Für die Hamburger Zukunft wird das ureigene SPD-Thema des sozialen Ausgleichs zukünftig noch mehr an Bedeutung gewinnen, da die CDU lieber auf stadtplanerische

Prestigeobjekte setzt. So konnte Hamburg im jüngsten Städteranking der „Wirtschaftswoche“ zwar in der Gesamtwertung von 50 Städten auf Platz neun landen. Allerdings fiel die Hansestadt im Bereich „Sozialstruktur“ (Zahl der Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger, Beschäftigungsrate von Frauen, Anteil der Langzeitarbeitslosen) abgeschlagen auf Rang 40, ihr schlechtester Wert.(34) Sollte dieses Thema 2008 wahlrelevant werden, werden Ole von Beust und die Hamburger CDU Mühe haben, ihre Meinungsführerschaft zu behaupten.

Für die Hamburger Grünen vor allem in den Bezirken stellt sich die Frage anders: Würde die Partei nach der schmerzhaften Abspaltung der Linken in die Regenbogen-Gruppe 1998 eine weitere Zerreißprobe zwischen den verbliebenen (CDU-kritischen) Linken und den für schwarz-grün offenen Realos überstehen? Die Realos haben damals zwar innerparteilich gesiegt, sehen aber nicht so aus, wie man sich Sieger vorstellt. Sie haben offensichtliche Führungs-, Richtungs- und Strategieprobleme (35) und wissen gar nicht, wie viel „schwarz“ und „Mitte“ der beträchtliche Anteil links wählender Anhänger verträgt. Selbst die konservative „Welt“, immer in Sorge ob der Mehrheiten ihres sorgsam gehegten Bürgermeisters von Beust, fragte sogar, ob das Wahlergebnis der Grünen am 29. Februar 2004 nicht besser ausgefallen wäre, hätten sich die Grünen das Hin und Her um schwarz-grün erspart.(36)

Sollten die Grünen in Altona und Harburg mit den Christdemokraten paktieren, bleibt auch hier der SPD nur der Gang in die Opposition. Erst die erneute Bewertung an der Wahlurne würde dann Klarheit

darüber bringen, wie viel Beliebigkeit der Grünen das Volk verträgt.

Stefan Krappa

Anmerkungen

(1) „Keine Einwände“, Der Spiegel Nr. 26/1995. S. 19

(2) Hubert Kleinert, Schwarz-Grün erweitert Optionen. Zur Auflösung ideologischer Tabus, Die Politische Meinung 413/2004, S. 73

(3) So drückte es der grüne Kreisvorsitzende Saarbrückens, Matthias Römer, in Bezug auf eine mögliche schwarz-grüne Zusammenarbeit auf Landesebene aus (Die ZEIT Nr. 51 vom 12. 12. 2002).

(4) „Ole ist nett“, Die ZEIT Nr. 38 vom 12. September 1997

(5) „Raus aus der Falle“, Der Spiegel Nr. 14/1996, S. 17

(6) „Das Weltbild wankt. Heiner Geißler und Rezzo Schlauch über die schwarz-grüne Annäherung, Der Spiegel Nr. 49/1994, S. 86

(7) „Bald schwarz-grüne Bündnisse in den Landtagen“, Welt am Sonntag, 25. 1. 2004

(8) „Pizza für Nolte“, Der Spiegel Nr. 50/1996, S. 20

(9) So der Titel eines 1969 erschienenen Sammelbandes, herausgegeben von Gert Schäfer u. Carl Nedelmann. (Bd.) 1 u. 2 in 2 Bdn. Frankfurt, Suhrkamp, 1969

(10) Hubert Kleinert, Schwarz-Grün erweitert Optionen. Zur Auflösung ideologischer Tabus, Die Politische Meinung 413/2004, S. 71

(11) ebd., S. 72

(12) „Studie: Schwarz-Grün auf Bundesebene funktioniert nicht“, Die WELT 30.9. 2003

(13) „Schwarz-Grün sorgt bei den Roten für Unruhe“, Die ZEIT Nr. 3 vom 13.1.1995

(14) „Taktische Option“, Der Spiegel Nr. 48/1997, S. 55

(15) „Frisch geschieden – In Mülheim ist die erste schwarz-grüne Koalition im Ruhrgebiet zerbrochen“, die TAZ vom 4. Februar 1999

(16) „Saarbrücken wird schwarz-grün“, Die WELT, 5. Juni 2001

(17) Der Reiz des Verbotenen. In Saarbrücken üben CDU und Grüne seit eineinhalb Jahren die ideologische Abrüstung“, Die ZEIT Nr. 51 vom 12. Dezember 2002

(18) „Testlauf in Saarbrücken“, Der Spiegel Nr. 24/2001, S. 69

(19) „Der Reiz des Verbotenen. In Saarbrücken üben CDU und Grüne seit eineinhalb Jahren die ideologische Abrüstung“, Die ZEIT Nr. 51 vom 12. 12.2002

(20) „Schwarz-Grün hat alles verspielt“, Die ZEIT Nr. 22 vom 24. 5.1996

(21) „Was für ein Zufall: Schwarz-Grün probt in Köln für größere Bühnen“, Die ZEIT Nr. 7 vom 6. 2. 2003

(22) ebd.

(23) „Schwarz-Grün in Kiel ist mit Bündnis zufrieden“, Die WELT vom 29.12.2003

(24) ebd.

(25) „Offene Köpfe“, Der Spiegel Nr. 27/1995, S. 31

(26) „Mehrheit gegen schwarz-grün“, Die WELT vom 7.6.2001

(27) „Studie: Schwarz-Grün auf Bundesebene funktioniert nicht“, Die WELT 30.9.2003

(28) „Anhänger der Grünen lehnen Koalition mit der CDU ab“, Die WELT vom 13.8. 2003

(29) Dr. Stephan Eisel, Über den Tag hinaus: Schwarz-Grün. Vom theoretischen Gedankenspiel zur realistischen Option, Die Politische Meinung 383/01, S. 36

(30) Eisel, aaO, S. 35

(31) „Söder fordert Rückkehr zu deutschen Tugenden“, Die WELT, 8.4.2004

(32) „Wir müssen und zur CDU öffnen“, Die WELT, 12.9.2002

(33) Oswald Metzger, Einspruch! Wider den organisierten Staatsbankrott, Riemann Verlag, München 2003

(34) „Lichtjahre entfernt. Wo es sich in Deutschland am besten leben und arbeiten lässt“, Wirtschaftswoche Nr. 17 vom 15. April 2004, S. 22-31

(35) Siehe auch dazu ausführlich Joachim Raschke, Sind die Grünen regierungsfähig? Die Selbstblockade einer Regierungspartei, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/2001, S. 20-28

(36) „Zweistellig, aber in der Opposition“, Die WELT vom 1.3.2004. Autor Stephan Haselberger berichtet, es habe in der Berliner Bundeszentrale der Grünen die Auffassung gegeben, die Hamburger Grünen hätten „handwerkliche Fehler“ in dieser zentralen Strategiefraage gemacht.

Stadtteilarchiv Ottensen: Chronologie einer Fehlentscheidung

Bis zum Sommer 2003 ging man ins Stadtteilarchiv Ottensen, weil man sich vor Ort lokalgeschichtliche Informationen holen oder eine Ausstellung ansehen wollte. Man schlenderte bei den Stadtrund-

gängen mit, erfuhr viel über sein eigenes Quartier, lernte, mit neuem Blick auf altbekannte Straßenzüge zu schauen und erlebte Geschichte hautnah, unmittelbar und konkret. Und man dachte sich nicht viel

dabei. Allenfalls, dass man unbedingt noch mal wiederkommen sollte.

Ende Juni 2003 hieß es dann plötzlich: Die 539.000 Euro Förderung für die Hamburger Geschichtswerkstätten sollten ab dem Haushaltsjahr 2004 ersatzlos gestrichen werden. Und das, obwohl die damalige Kultursenatorin Dana Horáková stolz einen Anstieg ihres Haushalts um 5,6% verkündete.

Es brach ein Sturm der Entrüstung los, der Blätterwald rauschte gewaltig bis in süddeutsche Gefilde.

Selbst so bekannte Persönlichkeiten wie Ralph Giordano ließen es sich nicht nehmen, scharfe Kritik an der Entscheidung zu äußern. Aber auch lokal wurde protestiert: Schon im Juli 2003 forderte die SPD-Altona den Erhalt des Stadtteilarchivs Ottensen, das mit seinen 6000 Besuchern im Jahr, seinen Rundgängen und zahlreichen eigenen Publikationen sehr erfolgreich ist.

Maik Schwartau, Ottenser SPD-Vorsitzender, warnte aber schon damals vor der Idee, zur Rettung der Geschichtswerkstatt den ortsansässigen Stadtteilkulturzentren von ihren Mitteln etwas wegzunehmen.

*Ottensens Industriegeschichte zum Anfassen:
Das Stadtteilarchiv in der Zeißstraße
ist in ganz Hamburg bekannt Foto: Krappa*



Denn: „Einem Nackten kann man bekanntlich nicht in die Tasche greifen.“

Aufgeschreckt durch den Protest vieler Hamburgerinnen und Hamburger, ging die Kulturbehörde noch einmal in sich. Sie führte – endlich! – Gespräche mit den Geschichtswerkstätten, die laut Pressemitteilung der Behörde sogar „in guter und konstruktiver Atmosphäre“ stattfanden. Ergebnis war die Zusage von großzügigen 133.000 Euro für alle (!) 14 Geschichtswerkstätten für Miet- und Betriebskosten. „Erfolg, Erfolg!“, jubelten die Ersten, doch schal wäre er gewesen: Was sollen wir mit Einrichtungen, denen zwar nicht das Licht ausgeknipst wird, aber in denen nichts stattfindet, weil kein Geld für Personal mehr da ist. Denn die Ehrenamtlichen können nicht alle bisherigen Aufgaben – von der Besucherbetreuung und Schülerarbeit, der Einwerbung öffentlicher Mittel und privater Sponsorengelder bis hin zur professionellen Öffentlichkeitsarbeit und der Vernetzung mit anderen Institutionen – ohne Unterstützung durch Hauptamtliche leisten.

Doch was wäre ein Stadtteilarchiv ohne verbindliche Öffnungszeiten, ohne rege Ausstellungstätigkeit, ohne die vielfältigen Aktivitäten im Stadtteil noch?

Der Kulturausschuss der Bürgerschaft diskutierte daraufhin, ob nicht durch Einsparungen nach dem Rasenmäherprinzip die fehlenden 300.000 Euro für die Geschichtswerkstätten beigebracht werden könnten. Dem mochte sich die Schwarz-Schill-Gelb-Koalition aber nicht anschließen. Karl-Heinz Ehlers, durch sensible Formulierungen immer wieder aufgefallener kulturpolitischer Sprecher der CDU,



Sollten die Sparvorgaben umgesetzt werden, müssten die Öffnungszeiten erheblich eingeschränkt werden. Besuchern bleibt dann - wie hier - oft nur der Blick durchs Fenster. Foto: Krappa

forderte vielmehr konkrete Sparvorschläge von der Opposition und den Mut, dann „das Quicken der Betroffenen“ auszuhalten. Dabei waren im Haushalt der Kulturbehörde sogar noch Restmittel in erheblichem Ausmaße vorhanden. Die Finanzierung der Geschichtswerkstätten scheiterte also nicht am Geldmangel, sondern am fehlenden politischen Willen. Dieser war auf bezirklicher Ebene durchaus vorhanden. Eimsbüttel etwa verabschiedete mit den Stimmen aller Fraktionen einen Antrag, der den vollen Erhalt der Geschichtswerkstätten forderte. Der Wandsbeker Bezirksamtsleiter Gerhard Fuchs, bekanntermaßen CDU-Mitglied, stellte sich ebenfalls klar hinter die Geschichtswerkstätten.

Und Altona?

Altona konnte sich leider nicht zu einer gemeinsamen Position pro Stadtteilarchiv durchringen. CDU und FDP forderten lediglich, dass sich der Bezirksamtsleiter Hinnerk

Fock „intensiv“ bei der Kulturbehörde für den Erhalt des Stadtteilarchivs Ottensen einsetzen sollte. Kürzungen von 10 bis 20% hielten beide Fraktionen für „zumutbar“. Dafür gaben sie – kostenlos – noch ein paar Tipps, woher zusätzliches Geld kommen möge: Aus bezirklichen und überbezirklichen Projektmitteln, aus Mitgliedsbeiträgen von Trägervereinen, aus Sponsorengeldern, ehrenamtlicher Mitarbeit, Vermietung von Räumen, Dienstleistungen und aus Akquirierung von Anzeigen. Dumm nur, dass all diese guten Ideen dem Stadtteilarchiv schon längst selbst gekommen waren. „Anreiz und Notwendigkeit zu energischer und phantasievoller Selbsthilfe“ brauchte also nicht mehr antragslyrisch auf dem Papier gefordert zu werden. Die seit der Deckelung der Mittel 1994/95 notwendigen Sparleistungen wurden längst erbracht, eine stetige Professionalisierung führte zudem zu einer

stärkeren Erwirtschaftung von Eigenmitteln. Die 118.000 Euro aus der institutionellen Förderung konnten vom Stadtteilarchiv durch eigene Anstrengungen auf rund 150.000 Euro gesteigert werden. Nach den Vorstellungen der Kulturbehörde sollte es jetzt aber nur noch knapp 30.000 Euro geben. Das war wohl selbst dem Ersten Bürgermeister zu wenig: Ole von Beust erklärte das Problem zur Chefsache und startete eine Rettungsaktion: Aus dem allgemeinen Haushalt der Finanzbehörde sollten 267.000 Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Mit der Gesamtsumme von 400.000 Euro sei, so hieß es in einem Bericht des Kulturausschusses, gewährleistet, dass keiner anderen Kultureinrichtung Mittel gekürzt werden müssten. Ein „Durchbruch“ schien gelungen. Die Lösung stelle nämlich sicher, „dass die hauptamtlichen Mitarbeiter aller Geschichtswerkstätten ab dem 1. Januar 2004 weiterbeschäftigt werden könnten“. Erfolg, Erfolg? Die Frage, wie mit 75% der bisherigen Mittel 100%ige Arbeit geleistet werden solle, blieb offen. Auch, was im Jahr 2005 geschehen würde. Die anwesenden Senatsvertreter hielten es für „unverantwortlich“, die finanzielle Förderung von kulturellen Einrichtungen über das Jahr 2004 hinaus zuzusagen, wenn man noch keine Aussagen über die voraussichtlichen Einnahmen der Stadt und den Gesamtetat des Kulturhaushaltes machen könne. Planungssicherheit ist offenkundig ein Fremdwort. Nach wie vor ist zudem unverständlich, warum die Schulbehörde nicht in die Pflicht genommen wird. Der Besuch des außerschulischen Lernorts namens Geschichtswerkstätten wird in Schulplänen ausdrücklich empfohlen. Nur bezahlen will man



*Wandbild am Vorderhaus der ehemaligen
Ottensener Drahtstifte-Fabrik
(Michael Sandmann/ Stadtteilarchiv
Ottensen, 1994)*

für diese Leistung städtischerseits wohl nicht. Die vollmundig angekündigten Versuche der Altonaer FDP, den Kontakt zum damaligen Bildungssenator Rudolf Lange zu nutzen, um aus seinem Haushalt doch noch Mittel zu akquirieren, blieben schon in den Anfängen stecken. Den Senator beschäftigten bekanntlich größere Finanzprobleme – bis er durch seinen Rücktritt keine mehr hatte, weder Finanzen noch Probleme. Die hat aber noch immer das Stadtteilarchiv Ottensen. Nur 87.000 Euro sind ihm für 2004 verblieben, keine 74% des bisherigen Ansatzes also. Das bedeutet im Klartext, dass Kündigungen vorzunehmen sind. Die bisherigen zwei Stellen, die sich drei Mitarbeiterinnen teilten, sind mit den verbleibenden Geldern nicht ausreichend zu finanzieren, weil die Fixkosten für Miete und Betrieb nicht weiter absenkbar sind. Von den großen Tönen, die im Kulturausschuss der Bürgerschaft ge-

spuckt worden sind, bleibt also nur ein klägliches Fleck. Auch die Zusage des Altonaer Bezirksamtsleiters, er habe vorgesorgt, steht auf wackeligen Füßen: Wer den Altonaer Haushalt kennt, fragt sich, wo der Goldesel versteckt sein soll, der diese Finanzierungslücke ausgleichen kann. Wenn es nicht die Stadtteilkulturzentren trifft, werden Restmittel aus anderen Bereichen zusammengekratzt werden müssen, die dann wieder anderen Altonaer Einrichtungen und Projekten fehlen. Die „Rettung“ des Stadtteilarchivs würde auf Kosten derer geschehen, die sich durch Kleinstbeträge öffentlicher Gelder über Wasser halten und nicht auf institutionelle Förderung zurückgreifen können. Seriös und über den Jahreswechsel 2004 hinaus beständig sind solche Lösungsvorschläge ohnehin nicht. Die allein regierende CDU ist nun in der Pflicht, für eine verlässliche Finanzierung der Geschichtswerkstätten zu sorgen. Davor, eine dauerhaft unterfinanzierte Einrichtung in die bezirkliche Verantwortung zu bekommen, hat die SPD-Fraktion Altona von Anfang an gewarnt. Doch was nützt die Genugtuung, wie Cassandra das drohende Unheil benannt zu haben, wenn das Stadtteilarchiv Ottensen seinem Ende entgegen zu gehen droht. Der unsägliche Umgang mit dieser Kultureinrichtung hat nämlich zur Demoralisierung der Ehrenamtlichen geführt. Wer mag sich schon engagieren, wenn dies so wenig durch Tatkraft honoriert wird, sondern nur in luftigen Wortbeiträgen, lyrischen Antragstexten und Parteitagreden, bei denen der Beifall gewiss ist.

Fachausschüsse der Bezirksversammlung

Der Hauptausschuss hat im April 2004 einvernehmlich entschieden, welche
Fachausschüsse die Bezirksversammlung in der 17. Wahlperiode haben soll

Bezirksversammlung

Vorsitz: CDU (Uwe Runge)
Mitglieder: 41, SPD 12- Termin: 4. Donnerstag

Hauptausschuss

Vorsitz: CDU (Uwe Runge)
Mitglieder: 15, SPD 4- Termin: 2. Donnerstag

Ältestenrat

Vorsitz: CDU (Uwe Runge)
Mitglieder: 7, SPD 2 (1 Vertr.)-Termin: Montag vor BV

Planungsausschuss

Vorsitz: CDU (Peter Wenzel)
Mitglieder: 15, SPD 4 (2 V)- Termin: 1. + 3. Mittwoch

Haushaltsausschuss

Vorsitz: CDU (Rolf Reincke)
Mitglieder: 11, SPD 3 (2 V) Termin: 2. Montag

Soziales und Senioren

Vorsitz: SPD (Brigitte Meyer)
Mitglieder: 15, SPD 4 (2 V) - Termin: 1. Dienstag

Sanierungsausschuss

Vorsitz: CDU
Mitglieder: 11, SPD 3 (2 V)- Termin: zweim. 2. Montag

Bauausschuss

Vorsitz: SPD (Arno Münster)
Mitglieder: 11, SPD 3 (2 V)-Termin: 2. und 4. Dienstag

Wirtschaft, Arbeit, Sicherheit

Vorsitz: CDU
Mitglieder: 13, SPD 4 (2 V)- Termin: 2. Mittwoch

Verkehrsausschuss

Vorsitz: CDU (Uwe Runge)
Mitglieder: 13, SPD 4 (2 V)- Termin: 3. Montag

Grün, Naturschutz, Sport

Vorsitz: CDU
Mitglieder: 15, SPD 4 (2 V)- Termin: 3. Dienstag

Jugendhilfeausschuss

Vorsitz: GAL (Gesche Boehlich)
Mitglieder: 15, SPD 3 (2 V)- Termin: 1. Montag

Kultur und Bildung

Vorsitz: GAL
Mitglieder: 11, SPD 3 (2V)- Termin: 4. Mittwoch

Gleichstellung und Integration

Vorsitz: SPD (Brigitte Stobbe)
Mitglieder: 9, SPD 3 (2 V) Termin: 3. Montag

Gesundheit und Umwelt

Vorsitz: GAL
Mitglieder: 11, SPD 3 (2 V)- Termin: 1. Dienstag

Ortsausschuss

Vorsitz: CDU (Rainer Arps)
15 Mitglieder, SPD 4 (2 V)- Termin: 2. Dienstag

Unterauss. Bau (Ortsamt)

Vorsitz: SPD (Dieter Neukirch)
Mitglieder: 7, SPD 2 (1 V)- Termin: 2. + 4. Mittwoch

Unterauss. Verkehr (Ortsamt)

Vorsitz: CDU
7 Mitglieder, SPD 2 (1 V)- Termin: 2. Dienstag

Vorstand und FachsprecherInnen



Fraktionsvorsitzender,
Sprecher Hauptaussch.
und für Stadtplanung,
Kommission für
Bodenordnung

**Thomas
Adrian**



Stellv. Vorsitzende
Bezirksversammlung,
Fraktionsvorstand,
Vorsitzende Ausschuss
Soziales u. Senioren

**Brigitte
Meyer**



1. stellvertretender
Fraktionsvorsitzender,
Fraktionsgesch.führer,
Haushaltspolitischer
Sprecher

**Stefan
Krappa**



2. stellvertretende
Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für
Jugendpolitik und für
Arbeitsmarktpolitik

**Melanie
Schlotzhauer**



Vorsitzender
Bauausschuss,
verkehrspolitischer
Sprecher

**Arno
Münster**



Kultur- und bildungs-
politische Sprecherin,
Sprecherin für
Sicherheit

**Birte
Pusback**



Sprecher im Orts-
ausschuss Blankenese,
Sportpolitischer
Sprecher in der BV

**André
Schoop**



Vorsitzender Unter-
ausschuss Bau,
Mitglied im
Planungsausschuss

**Dieter
Neukirch**



Vorsitzende Ausschuss
Gleichstellung und
Integration,
Mitglied im JHA

**Brigitte
Stobbe**



Seniorenpolitische
Sprecherin und für
Gleichstellung
und Integration

**Marianne
Paszeitis**



Stellvertretender
Vorsitzender
Haushaltsausschuss,
Mitglied Kulturaussch.

**Hans-Jürgen
von Borstel**



Umwelt- und gesund-
heitspolitischer
Sprecher; stellv. Vors.
Planungsausschuss

**Wolfgang
Kaeser**

+ + **TICKER** + +
Kurzinfos aus der
Altonaer Kommunalpolitik

Pavillondorf am Hemmingstedter Weg

Die CDU-Senatorin macht Ernst: Bereits seit Januar 2004 werden Plätze nicht mehr belegt. Die Flüchtlinge und Aussiedler werden bis Ende April anderweitig untergebracht. Danach sollen die Gebäude abgebaut werden. Unklar ist bisher, was zukünftig auf der Fläche passieren soll. Die CDU hatte den Bau von Reihenhäusern vorgeschlagen. Das lehnt das Bezirksamt mit dem Hinweis auf eine nach Baugesetzbuch unzulässige „Splittersiedlung“ ab und will dort Kleingärten ansiedeln. Damit die Fläche wenigstens Grünfläche werden kann, müsste sie die Behörde für Bau, Verkehr und Umwelt erwerben und pflegen. Die Bereitschaft dazu hat sie bisher nicht erkennen lassen.

Aal Friedrichs verlagert Produktion aus Ottensen

Die größte Wildlachsräucherei Europas, die Gottfried Friedrichs KG, wird ihre Produktion bis Jahresende einstellen. Das teilte das Hamburger Abendblatt mit. Künftig wird die 1908 gegründete Traditionsfirma aus Ottensen von einem Tochterunternehmen aus Waren (Müritz) beliefert. 100 von 200 Stellen sollen abgebaut werden. Verwaltung, Vertrieb und Verpackung sollen an einen neuen Standort im Gewerbegebiet Allermöhe umziehen. Den Hamburger Finanzsenator wird es freuen, bleiben die Steuereinnahmen (Jahresumsatz: 60 Mio. Euro) doch in Hamburg. Das 11.000 qm große Grundstück an der Borselstraße liegt mitten in einem Wohngebiet und befindet sich noch im Eigentum der Firma. Es soll verkauft werden. Nach Firmenangaben war dort eine Produktionsausweitung nicht möglich. Der Altonaer Planungsausschuss berät bereits mögliche Nutzungen aus Wohnen und Gewerbe. Für den Altonaer Arbeitsmarkt ist die Entwicklung trotzdem ein Verlust, weil die Räucherei mit viel Handarbeit verbunden ist, die von Niedrigqualifizierten und Saisonarbeitskräften ausgeführt wurde. Nach dem Weggang der Kühne-Produktion ist das ein weiterer Rückschlag für die Arbeitssuchenden.

Lessingtunnel wird doch nicht saniert

Altonas größter Schandfleck wird auf absehbare Zeit nicht beseitigt. Ursprünglich hatte die Bahn AG geplant, im Jahr 2004 das Bauwerk zu sanieren. Taubenplage, Dreck und schlechte Beleuchtung wären dann endlich verschwunden. Auf Nachfrage der SPD-Fraktion Altona wurde vom Regionalbüro Hamburg der Bahn AG jetzt schriftlich mitgeteilt, dass das Unternehmen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Angaben zu bestimmten Projekten machen könne, da die Höhe der Investitionsmittel des Bundes für die Bahn noch nicht feststünden. Gespräche mit dem Bund würden zwar bereits laufen. Erst im Anschluss daran könne die Bahn eine Prioritätenliste erstellen, die nochmals mit dem Bund abgestimmt werden müsse.

Diese Antwort ist äußerst unbefriedigend. Der Druck auf den Bund und die Bahn muss weiter aufrecht erhalten werden, da die Stadt Hamburg für die Sanierung nicht zuständig ist und keinen Alleingang machen kann. Immerhin plant das Bezirksamt mit geringen Bordmitteln eine bessere Reinigung des Tunnels.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der SPD-Fraktion Altona
Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg
Tel. (040) 3 89 53 32, Fax (040) 38 61 56 43
Email: info@spdfraktionaltona.de
www.spdfraktionaltona.de

Redaktion und Layout: Stefan Krappa
Erscheinungsweise: unregelmäßig;
Nachdruck der Texte honorarfrei
Belegexemplar erbeten